

# Oberstdivisionär, ich melde mich ab!

Autor(en): **Kobe, Willi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **65 (1971)**

Heft 6

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141904>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

politischer Instanzen annehmen dürfen, sondern objektive Einrichtungen sein müssen.»

Ein Kritiker bemerkte hierzu: «Mit der Schaffung eines Internationalen Gerichtshofes zum Schutze der Menschenrechte, oder der Ausweitung der Befugnisse des Internationalen Gerichtshofes, oder der Einrichtung der Behörde eines Kommissars für Menschenrechte würde also eine Institution entstehen, die das Recht besitzt, in die inneren Angelegenheiten der UN-Mitgliedstaaten zu intervenieren», was man aus Souveränitätsgründen verhindern sollte. Demgegenüber ist zu fragen: Kann eine wirksame Rechtsordnung für die Gesellschaft und zur Wahrung der Menschenrechte als Grundlage eines Weltfriedens, tatsächlich ohne einen übernationalen Eingriff in die Souveränität eines Staates durchgesetzt werden? Solches ist wohl kaum zu erwarten. Willi Kobe

## Oberstdivisionär, ich melde mich ab!

An der diesjährigen Generalversammlung der Gesellschaft schweizerischer Fliegeroffiziere hat Oberstdivisionär Ernst Wetter, laut einem Bericht der NZZ (Nr. 214), folgenden bemerkenswerten Satz ausgesprochen: «Die Schweiz hat nicht eine Armee, sie ist eine Armee».

Wenn der Herr Oberstdivisionär in bezug auf den von ihm formulierten Satz recht berichtet ist, dann können wir Schweizer der Geschichte dafür dankbar sein, daß sie unser Land klein erhalten hat. Zählte die Schweiz anstelle ihrer etwa fünfeinhalb Millionen Einwohner ihre fünfzig oder mehr Millionen, dann müßten, unter der Voraussetzung des zitierten Ausspruches, die uns umgebenden Mächte einen militärischen Verteidigungsbund gegen uns abschließen. Man hat ja am tausendjährigen Reiche Hitlers lernen können, was «ein Volk in Waffen» für den Frieden in der Welt bedeutet.

Die sehr bescheidene Ausdehnung und Bevölkerungszahl der Schweiz rettet uns vor dem durch unsere militärische Rüstungen verursachten Feindbund an unseren Grenzen, welcher unserer Armee, als seine Folgeerscheinung, ein Daseinsrecht als Verteidigungsmittel gegen dessen Absichten gäbe. Denn welchen Sinn hat eine Armee, wenn ringsherum kein möglicher Feind festzustellen ist, auch wenn er nur ein selbstausgesonnener Popanz eines Feindes wäre?

Die Vorstellung eines Feindes an irgendeinem schweizerischen Grenzabschnitt ist tatsächlich ein solcher Popanz. Dieser wird von unseren führenden Kreisen aufgeblasen und gepflegt.

Denn wo steht heute oder morgen tatsächlich der «Schweiz als einer

Armee» ein Feind gegenüber, den es abzuwehren gälte? Macht der zitierte Ausspruch eines hohen Offiziers nicht die Schweiz in den Augen eines sachlich denkenden Auslandes etwas lächerlich und erscheint er vor der geschichtlichen Schau eines nicht nationalistisch und dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verfallenen Schweizers nicht als irreführend? Schließlich kann es auch einem Schweizer aufgehen, daß wir heute und morgen im Zeitalter des A-B-C-Krieges stehen, der durch die Raketentechnik beherrscht ist, für den einige hundert Kilometer Landesdurchmesser kein Hindernis bedeuten und diesen aufzuhalten auch keine «Schweiz als Armee», sollte diese sich auch als eine Großmachtarmee im Duodezformat darstellen, genügen würde. Wenn wirklich die «Schweiz eine Armee ist», dann muß unter den heutigen Kriegsumständen gefragt werden, ob eine solche Armee nicht geradezu eine unerhörte und staatsgefährdende Verschwendung von Volkskraft und Finanzmitteln ist, welche an anderen Orten positiver eingesetzt werden könnten.

Oberstdivisionär Wetter hat die Katze nur aus dem Sack gelassen — dafür dürfen wir ihm dankbar sein — aber nichts Neues gesagt. Es gibt eben schweizerische Offiziere, die die Schweiz zu einer Armee machen möchten. Für diese Absicht zeugen die Plänen, die der «Totalverteidigung» zugrundeliegen und das gesamte Schweizervolk von jung-auf militaristisch knechten wollen und gemäß dem Zivilschutzbüchlein hurrapatriotisch indoktrinieren und der Militärmaschinerie versklaven möchten.

Die verderblichen und zerstörerischen Folgen dieser militärischen Absichten für das Schweizervolk liegen auf der Hand. Die jährlich mindestens zwei Milliarden unproduktiver Militärausgaben sind der sozialen Gesunderhaltung des Schweizervolkes vorenthalten. Viele Gegenden unseres Landes dürfen als unterentwickelte Gebiete angesprochen werden. Es fehlt im ganzen Lande an genügend preiserschwinglichen Wohnungen. Hochbetagte und Alterskranke finden keine geeignete Unterkunft oder Pflegestätte. Die Land-, Luft- und Wasserverschmutzung wird kaum ernstlich angegangen. Für die heranwachsende Jugend fehlen weithin genügende und der Zukunft aufgeschlossene Unterrichts- und Bildungsstätten. Es wird vergessen, für die Lehr-, Bildungs- und Pflegeberufe weitsichtige und den auf uns zukommenden Sozialaufgaben gerechtwerdende Programme auszusinnen und für sie Dienstgelegenheiten vorzubereiten, sodaß die Ausgebildeten gemäß ihrer sittlichen und bürgerlichen Verantwortung frei darin wirken können. Als Grund dafür heißt es überall: es fehlt an den nötigen Mitteln!

Ist es für die Schweiz nötig und dienlich, eine großaufgezogene Armee zu unterhalten und ihr, schon in Friedenszeiten, das Wohl des ganzen Volkes zu opfern? In Kriegszeiten wäre, unter den heute gegebenen Umständen, das Volk sowieso aufgeopfert, denn militärische

Verteidigung in Mitteleuropa bedeutete die gänzliche Zerstörung alles Lebensnötigen, wie dies kürzlich eine wehrwissenschaftliche deutsche Untersuchung erwiesen hat.

Nein, nicht die Schweiz als Armee ist für ihr Gedeihen erstrebenswert, sondern eine Schweiz mit einem sozial gesunden Volkskörper, gesunderhalten durch das Walten einer wirklichen Demokratie, welche die Gerechtigkeit und volle Mitverantwortung in der Wirtschaft und im Staatsleben gegenüber allen Volksschichten hochhält und Klassenherrschaften verunmöglicht. Eine Schweiz soll wachsen, die allen ihren Einwohnern, auch den Nichtschweizern, tätig zur Bildung ihrer Geistesgaben und zur Schärfung ihres demokratisch-kritischen Urteilsvermögens verhilft. Eine Schweiz soll heranwachsen, die um die Veränderung ihrer Gesellschaftsstruktur auf eine gerechte soziale Demokratie hinkämpft, da ihre kapitalistische Gesellschaftsordnung bis jetzt nicht den berechtigten Anliegen des ganzen Volkes gerecht werden konnte. Ein solches Ausgerichtetsein des Volkes schafft tatsächliche genossenschaftliche Gemeinschaft und ist die Quelle für fördernden Frieden zwischen den gesellschaftlichen Schichten und kann eine Leuchte des Beispiels in die Welt hinaus sein.

Ist die Schweiz zu einer solchen Aufgabe nicht durch ihre Geschichte vorbereitet worden, indem sie durch die Ueberwindung ihrer inneren Konflikte eine vorzügliche Vermittlungstechnik zur Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte aufbaute? Ist aus der schweizerischen religiösen Reformationsbewegung, von Genf aus, nicht der Anstoß zur modernen Demokratie herausgewachsen, welche durch ihre Grundformel: alles durch das Volk für das Volk, den Samen für eine menschenwürdige Staatsform streute, mit der dem Volke zugleich auch das Recht zur Revolution verbürgt ist, wenn die Machthabenden die Menschenrechte und die Gerechtigkeit verletzen? Diese Impulse zur Verankerung der Menschenwürde und der Menschenrechte in allen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnungen sollten durch die heutigen Schweizer selbst aufgenommen und verwirklicht werden und in ihrer volksaufbauenden Kraft vor der übrigen Staatenwelt bezeugt werden durch eine friedenfördernde und praktisch mithandelnde Außenpolitik. Diese würde mithelfen, einen gerechten Preis für die Produkte der Entwicklungsländer anzusetzen, um die Grundlage für eine fördernde Entwicklungshilfe zu bauen. Sie würde vorschlagen, daß die Rotkreuzkonventionen, zur Zügelung einer alle menschlichen Grenzen überbordende Kriegführung, von den maßgebenden Staaten, garantiert durch die UNO, in ein anerkanntes und beachtetes Völkerrecht überführt werden, das zur Kriegsüberwindung durch ernstgemeinte Abrüstungsmaßnahmen aller unterstützt würde. Sie würde mit allen ihr möglichen Mitteln das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz betreiben und mithelfen, daß sie zu einem praktischen Erfolg führt. Sie würde, zum Beweis der Ehrlichkeit ihrer

Friedensbemühungen den Anstoß geben zu einer ernsten Prüfung der gesamten schweizerischen Verteidigungskonzeption in dem Sinne, daß die Schweiz sich nicht in eine Verteidigungsideologie gegen jedermann einigelt, sondern sich zum Friedensdienst gegenüber allen öffnet.

Zu dem braucht es keine Armee. Im Gegenteil. Eine solche, und gar erst noch eine «Schweiz, die eine Armee ist», steht allem Friedensdienst entgegen. Aus dem Boden eines nationalistischen Militarismus, heute noch offiziell begründet durch eine schon längst durch den Lauf der Geschichte überspülte Ideologie der «neutralitätsbedingten militärischen Selbstverteidigung», die heute bei uns nicht mehr den Frieden erhalten kann, wachsen keine Friedensdienste. Solche allein können heutzutage der Schweiz eine sinnvolle Bejahung und Sicherung ihrer Existenz schenken, weil sie für die Gemeinschaft der Völker unentbehrlich ist.

Deshalb, wozu noch die finanzielle, intellektuelle und geistige Volkskraft aushöhlende Aufwendung für eine Armee? Warum noch die Pflege einer nationalistischen militaristischen Ideologie, die jeglichem Trend zu einer Zusammenarbeit und einer Füreinanderarbeit innerhalb der Nationen zu einer menschenwürdigen Weltgemeinschaft in Gerechtigkeit und Frieden ins Gesicht schlägt?

Gewiß wohnen wir nicht im Paradies und die ganze Menschheit muß sich mit der ihr viel Mühe und Schweiß abfordernden Erde abfinden, soll es sich noch weiter auf ihr wohnen lassen, und soll sie nicht das Katastrophengrab aller werden. Jedes Volk hat dazu seinen besonderen Beitrag zu seiner geschichtlichen Stunde zu leisten. Diese ist für die Schweiz nun angebrochen, indem sie einen sichtbaren Schritt auf die Förderung des Friedens hin unternimmt, soll sie jetzt doch durch das Wort des Oberstdivisionärs darauf festgenagelt werden, daß die ganze schweizerische Volkskraft auf den Krieg hin ausgerichtet ist.

Nein, das darf nicht sein! Geht es um Frieden und Sicherheit für die Schweiz und durch sie auch für die anderen Völker, soweit sie dazu beitragen kann, dann ist eine Armee heute für die Schweiz zu einem Anachronismus geworden. Wir brauchen keine Armee mehr gegen äußere Feinde, weil es solche für uns in der Tat nicht gibt, die armeemäßig ferngehalten werden könnten. Wenn schon ein Schutz für die Schweiz in Frage kommt, dann kann dieser nur in einer «sozialen Verteidigung» liegen, d. h. in einer Unterrichtung des Volkes zu einem gewalttätigkeitsfreien Verteidigungsverhalten, wie solches ernstlich jetzt schon bei den neutralen und NATO-Ländern im Norden Europas studiert wird. Eine solche Verteidigungsart würde unseren Kräften angemessen sein, würde unserer Verteidigungslage entsprechen und wäre ideologisch entgiftet von allem vaterländischen Größenwahn und nationalistischer Ueberheblichkeit. In ihr käme lebendige demokratische Mitbestimmung und Mitverantwortung jedes einzelnen Volksgenossen zu einem volkserhaltenden Ausdruck. Dann wären wir gegenüber dem Ausland nicht nur

aufs Verdienen eingestellt, sondern wir dienen ihm durch unser Beispiel mit den edelsten Mitteln unserer Volkskultur, d. h. einer lebendigen, gerechten Demokratie, welche den Bau des Friedens als ersten Punkt auf ihr Programm geschrieben hat und sich ihm auch praktisch widmet. Einer solchen Schweiz erwüchse wieder eine gesunde Selbstachtung und eine sinnerfüllende Funktion im Konzert der Nationen.

Einer solchen Schweiz möchte ich dienen. Einer «Schweiz, die eine Armee ist», kann und will ich nicht dienen, denn sie widerspricht ihrem geschichtlichen Weg und ihrer Aufgabe. Darum, Oberstdivisionär, ich melde mich ab!

Willi Kobe

## Schweizerische Waffenausfuhr 1970

In Gegensatz zu den Anstrengungen für vermehrte Entwicklungshilfe steht die Entwicklung der Waffenausfuhr im letzten Jahr. Der Gesamtexport stieg gegenüber 1969 um 10 Millionen auf 120 Millionen Franken. Alarmierend ist die Verschiebung der Empfängerländer: der Anteil der Entwicklungsländer erhöhte sich von einem Viertel auf zwei Drittel der Gesamtausfuhr. Persien mit 43,6 Millionen Franken war größter Abnehmer von Schweizerwaffen, vor Argentinien mit 18,5, Singapur mit 15,5 und Spanien mit 14,4 Millionen Franken. Auch Griechenland mit einer Million Franken ist unter den Bezüglern.

Schweizerischer Friedensrat

(In der Mai-Nummer der «Neuen Wege» irrtümlich weggelassen. Red.)

## «Drei Köpfe rollten auf mein Bett»

### **Amerikanische Soldaten berichten über amerikanische Kriegsverbrechen in Vietnam**

«Leichen, ich will mehr Leichen», forderte General William Westmoreland, von 1964 bis 1968 Amerikas Oberbefehlshaber in Vietnam, von seinen Soldaten. Das behauptete am vorigen Dienstag der ehemalige US-Oberleutnant Larry Rottmann — in einem Hearing aus Anlaß des Prozesses gegen Oberleutnant Calley, der des Mordes an hundertundzwei Vietnamesern in My Lai angeklagt ist. Für eine bestimmte Anzahl Leichen habe es oft eine Kiste Bier oder Sonderurlaub gegeben; deshalb hätten sich die Soldaten zuweilen um die Opfer geprügelt. My Lai, so behauptet Amerikas Regierung bislang, sei ein Einzelfall gewesen. In Wirklichkeit aber gab es zahllose My Lai in Vietnam. Ebenso wie ihre asiatischen Verbündeten aus Südvietnam und Südkorea trieben ameri-